

Nach fairer Debatte blieb das Volk ...

Gut anderthalb Stunden lang votierten 19 Stimmberechtigte gestern im Landsgemeinding pro und kontra Dreiermodell. Und nach getaner Diskussion war das Mehr auf Anhieb klar zu sehen: Beibehaltung des letztjährigen Entscheides.

Von Claudia Kock Marti und Ruedi Hertach

Glarus. – Nach dem behördlichen Einmarsch gestern Sonntag im Landsgemeinding füllte sich dieser immer noch mit weiteren Stimmberechtigten, bis sie schliesslich dicht gedrängt teils auf dem Ring und teils vor diesem standen – die Sitzplätze waren ohnehin schon seit einer halben Stunde lückenlos besetzt.

In seiner Eröffnungsansprache (siehe Seite 4) betonte Landammann Röbi Marti das demokratische Recht, eine ausserordentliche Landsgemeinde zu verlangen, aber auch die behördliche Überzeugung, sich dem letztjährigen Volkswillen zu unterziehen. Nach dem Applaus für diese Worte verlas Ratschreiber-Stellvertreter Markus Schön die (auch für ausserordentliche Fälle geltenden) Landsgemeindevorschriften; Landesstatthalter Pankraz Freitag vereidigte den Landammann und dieser dann die Landsgemeinde – beides auf der Basis der Eidesformeln, die Ratschreiber Hansjörg Dürst vortragen durfte.

Nun erläuterte der Landammann das Haupttraktandum und die Frage, welche Anträge dabei zulässig seien, und wünschte dann ein weiteres Mal: «Ich bitte Sie sachlich und fair zu diskutieren.» Dann hiess es um 10.12 Uhr: «Das Wort ist frei.»

«Ohne Zwang und von unten»

David Reifler, Niederurnen, beantragte entgegen Regierung und Landrat den Beschluss der Landsgemeinde für drei Gemeinden vom 7. Mai 2006 aufzuheben. Er bringe keine Einsparungen. Stattdessen warnte er vor Verwaltungstempeln. Zusammenschlüsse müssten von unten wachsen. Man solle den Weg für massgeschneiderte, selbstbestimmte Lösungen ebnen.



Jeden Zentimeter nutzen: Die Stimmberechtigten drängt es über den Rand des Rings.

Bild Darko Cetojevic

Fredy Schnyder, Bilten, verlangte im Namen des Initiativkomitees der ausserordentlichen Landsgemeinde, zu 25 Gemeinden zurückzukehren, weil das Ergebnis der bisher geleisteten Arbeiten nach einem Jahr ernüchternd sei.



Vor allem aber sei es nicht gerecht, bei drei Gemeinden im eigenen Dorf keine Rechte mehr zu haben. Die Gemeindeautonomie sei verletzt worden, das genannte Sparpotenzial eine Illusion.

Martin Dürst, Schwanden, beantragte im Namen der Gemeindefreiheit das Gleiche. Man solle den jetzi-



gen «brüchigen» Weg abbrechen. Stattdessen sei auf freiwillige Zusammenschlüsse wie zum Beispiel in Luchsingen und Haslen zu setzen.

Toni Gisler, Linthal, argumentierte, dass jede einzelne Gemeinde ihre Stärken und Werte habe. Er fragte, warum man das zerstören wolle. Zwangsfusio-

nen führten bloss zu einem Gegeneinander. Die Classe politique profitiere und der Bürger verliere, wenn ein paar Profis die Verwaltung übernehmen. Man solle lieber schlaue Lösungen von unten finden.

«Den Aufbruch nicht abbrechen»

Beatrice Noser, Oberurnen, beantragte, am «weder kopflosen noch unüberlegten Entscheid für drei Gemeinden» festzuhalten. Sie sage mit den anderen Jungparteien von «Zukunft.gl» Ja zu einem Modell für die Zukunft. Es gehe darum, die Strukturen der Verwaltung anzupassen. Man solle den Jungen nun nicht die Aufbruchstimmung und den Stolz auf den im letzten Jahr gefällten Entscheid nehmen.

Landrat Sergio Haller, Glarus, wollte im Namen der Juso ebenfalls am «mutigen Entscheid» festhalten. Die Landsgemeinde habe diesen basisdemokratisch getroffen. Es entstünden drei grosse, starke Gemeinden mit einem bürgernahen Dienstleistungsangebot. Am Dorfleben ändere sich nichts.

Susanne Elmer, Netstal, betonte für die Jungfreisinnigen den Wert des «mutigen Landsgemeindeentscheids von 2006». Dieser bedeute ja nicht, dass alles «überkehrt» werden solle. Sie ermunterte alle, das Projekt kritisch und konstruktiv zu begleiten.



«Gegen Recht und Verfassung»

Landrat Erich Leuzinger, Riedern, beantragte hingegen Aufhebung des Landsgemeindeentscheids für drei Gemeinden. Es müsse immer noch heissen, Gesetz und Verfassung gelten, und nicht «Ds Wort gilt». Weder sei Artikel 118 der Kantonsverfassung zur Bestandesänderung von Gemeinden noch Artikel 5 der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung nachgelebt worden. Er rufe dazu auf, den «Verfassungsbruch» jetzt zu korrigieren.

Bildungsdirektor Jakob Kamm erklärte, im Sinne des Schulwesens hätte der letztjährige Entscheid nicht besser sein können. Dabei wies er auf die stark sinkenden Schülerzahlen im Kanton hin. Beim Dreiermodell könne jede Gemeinde für sich demokratisch über ein vollständiges Schulangebot entscheiden. Die Bürger könnten wieder mitbestimmen.

Mathias Vögeli, Gemeindepräsident Rüti, wollte ebenfalls an den drei Gemeinden festhalten. Er erinnerte an die schwierige finanzielle Situation von Rüti, dem vor 13 Jahren niemand direkt helfen wollte. Die Zeiten hätten sich geändert. Man müsse heute vom Gärtli-Denken wegkommen, um so einen Garten oder gar ein Feld zu ermöglichen.



Andrang pur: Hinter dem Ring ist noch viel Volk auf Platssuche.

Bild Darko Cetojevic